

Abstimmung ohne Gewinn

Zehn Jahre nach dem Referendum hat sich die EU-Begeisterung der Österreicher zum Eurofrust gewandelt. Nach der Überzeugungskampagne verabsäumte man, EU-Politik verständlich zu vermitteln.

Michael Gehler*

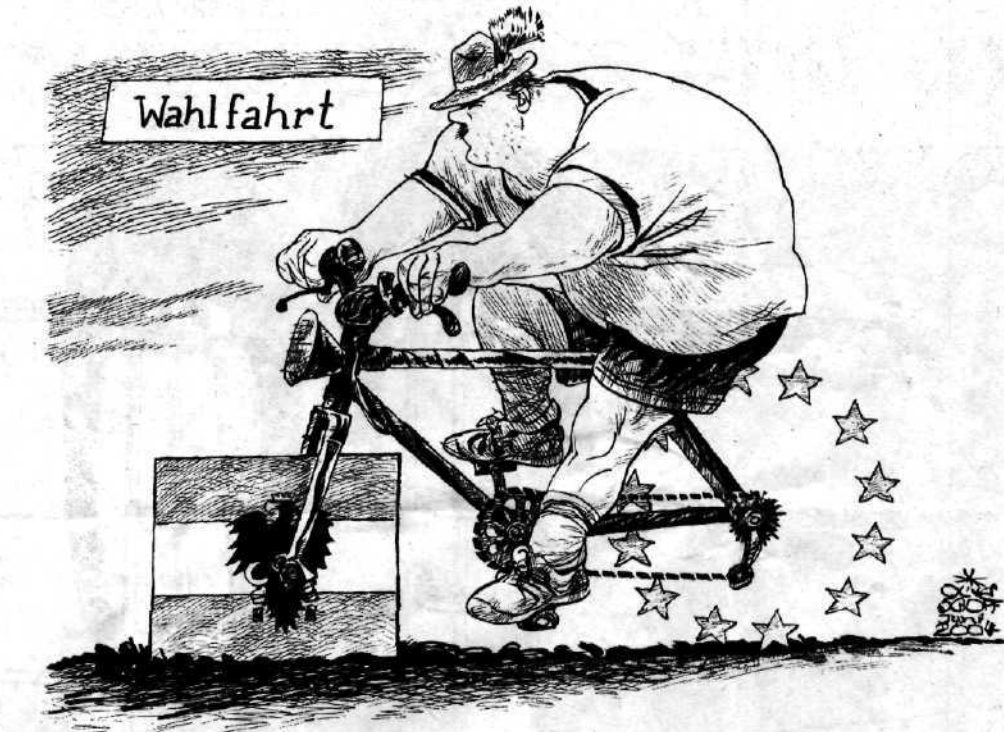
Am 12. Juni 1994 votierten 66,6 Prozent mit „Ja“ zum EU-Beitritt und 33,4 Prozent mit „Nein“. Die Wahlbeteiligung lag bei 81,3 Prozent. Haider musste erstmals eine massive Niederlage hinnehmen. In Kärnten schmerzte sie besonders. Mit Ausnahme der Iren, die 1992 mit 68,7 Prozent votierten, äußerte sich kein EU-Land so positiv zu „Europa“. Worin lagen die Gründe?

SPÖ und ÖVP traten als Einheit auf: Die große Koalition gab sich staatstragend. Einheitliche Appelle folgten. Harmoniebedürfnisse wurden bedient. Das konzertierte Auftreten von Bundespräsident, Regierung, Kirche, Kardinal König und Bischofskonferenz, Industriellenvereinigung, Bundeswirtschaftskammer und ÖGB wirkten.

Die Medien waren dafür. Ausgewogenheit und Gleichwertigkeit der Diskussionen gab es nicht. Hinzu kam der Schulterchluss zwischen Regierung und *Kronen Zeitung*. In Zeitungsinserten wurde mit „Gemeinsam oder einsam?“ oder „Wohlstand oder Stillstand“ geworben. Die Wiener Agentur Demner & Mericek erhielt den Auftrag der Regierung zur Durchführung des Werbefeldzugs. Via Medien wurde eine nahezu perfekte Beitrittsstimmung inszeniert.

Von Pro-EU-Haltung...

Es entstand eine so starke Pro-EU-Tendenz, dass diese demoskopisch nicht mehr erfassbar war. Die Kampagne kostete Gilbert Scharsch zufolge über eine Milliarde Schilling. Das Stimmvolk wurde zum Teil mit seinen Steuermitteln „überzeugt“. Die Kritiker agierten nicht geschlossen. Es gab kein klares Gegenkonzept, wie auch ein entsprechender Medienapparat fehlten. Haider agierte wie ein geheimer Verbündeter der Regierung und argumentierte bizarr mit „Blutschokolade“, „Freimaurerbefehle für Vranitzky“, „Wasserableitungen



nach Madrid“ oder auch „Schildläuse im Joghurt“, was die Gegner der EU allgemein diskreditierte.

Reizthemen und Tabus wie die Neutralität wurden gemieden. Erst später entflammte daher Streit über die Nato-Mitgliedschaft. Der „lange Schatten des Staates“ (Ernst Hanisch) im Sinne von Autoritätsgläubigkeit sowie der Mangel einer Bürgergesellschaft spiegelten sich im Referendum wider. Paternalistische Politik dominierte die Republik. Aufgrund der Loyalitätsappelle stimmten die 60-Jährigen und Älteren mit ca. 70 Prozent, die unter 30-Jährigen hingegen nur mit 55 Prozent dafür.

Rund drei Viertel der SPÖ- und zwei Drittel der ÖVP-Anhänger folgten ihrer Parteiführung. Hinzu kam historisches Bewusstsein vom Großmachtverlust 1918 und vom Ausgeschlossenensein von der EWG/EG 1957-1994. Mit der EU sollte die Isolation überwunden werden, die durch Waldheim entstanden war. Die Union bot durch Partnerschaft illustrieren Mächte einen Weg zurück zu „historischer Größe“.

Die Folgen: SPÖ und ÖVP hatten zwar ein historisches Ziel erreicht, es war aber auch der Legitimationsdruck gestiegen. Das Gezänk zwischen den Parteien sowie Bundeskanzler und Bundespräsident um die EU-Außenvertretung („böser Geist von Korfu“) ließen die Begeisterung in der Bevölkerung rasch verfliegen. Die 17-Prozent-FPÖ hatte es leichter, viele der 33 Prozent Beitrittsgegner zu gewinnen, als die Regierungsparteien, den ho-

hen Grad an Zustimmung zu halten, was die Nationalratswahl vom Oktober 1994 zeigte.

Die Qualität der EU-Vertiefung blieb ungefährdet, da Österreich ein Nettozahler war. Die bereits in Krise geratene EU konnte ihren Kurs fortsetzen, den sie nach den Konflikten um Maastricht eingeschlagen hatte. Auch die Erweiterung konnte weitergehen. Ein positives Votum der anderen Neutralen wurde durch die Beispielwirkung Österreichs möglich: Es folgten Finnland und Schweden.

... zum EU-Kater

Warum wuchs sich der Kater zum EU-Frust aus? Die Erwartungen waren künstlich hoch getrieben und wurden kaum erfüllt. Der „Ederer-Tausender“ blieb aus, dafür gab es mehr Arbeitslosigkeit und Insolvenzen von Klein- und Mittelbetrieben. Das EU-Projekt wurde weder verständlich noch attraktiv gemacht. Alle Energien waren auf den Beitritt des Landes konzentriert. Danach fehlten jedoch die Visionen.

Lautete 1994 die Losung der Werbekampagne „Wir sind Europa“, so heute die Einstellung „Wir fremdbestimmten Österreicher“. War die EU-Präsidentschaft 1998 noch als Organisationsleistung zu verbuchen, so erzeugten die EU-14-Maßnahmen 2000 das Gefühl „Wir gegen die da draußen“. Der Euro ist für viele ein „Teuro“, ohne die Effekte inner- und außerhalb der EU zu schätzen.

Die Transpolitik erlebte 2003 ihr Desaster - in Brüssel

wurde nicht mit einer Stimme gesprochen und im Lande mehr gegen- als miteinander agiert. Die Kommissionsvertretung in Österreich muss aktiver werden und mehr Breitenwirkung entfalten. Österreichs Rolle in Südosteuropa als Verantwortungsträger mit Stabilitätspakt-Bbeauftragten Busek wird hierzulande kaum dargestellt.

Im EU-Konvent hat nur der Grüne Johannes Voggenhuber als Ideenlieferant überzeugt. Was die EU-Parlamentarier zuwege bringen, bleibt verborgen. Die letzte große Erweiterung wurde als marktpolitischer Gewinn, nicht aber als Akt politisch-moralischer Verantwortung vermittelt. Die ÖVP hat aufgrund der Koalition mit der FPÖ ihren Ruf als „Europapartei“ eingebüßt und die SPÖ keine konsequente europapolitische Linie.

Österreichs innere EU-Politik trägt weit mehr Verantwortung für den Eurofrust als seine „äußere“. Fazit: Die Richtung stimmte 1994, nicht aber das Vorgehen. Hätten offenere und kritischere Debatten der Pro und Kontras stattgefunden und nur 51 Prozent für den EU-Beitritt gestimmt, wäre wohl viel vom EU-Frust nicht vorhanden. Mit Kampagnen kann man ein Volk vielleicht einmal abstimmen, nicht aber auf Dauer gewinnen. Nicht nur Österreich, sondern auch der EU droht es abhanden zu kommen.

*Michael Gehler ist Professor am Institut für Zeitgeschichte der Leopold-Franzens-Universität Innsbruck.